

ORH-Bericht 2008 TNr. 19

Warenwirtschaftssystem der Polizei

Jahresbericht des ORH

Die Einführung eines Warenwirtschaftssystems bei der Polizei kostete mit 16,6 Mio. € fast doppelt so viel wie ursprünglich geplant. Die erzielten Einsparungen decken bisher nicht einmal die laufenden Betriebskosten. Der ORH hält es für notwendig, die Geschäftsprozesse zu straffen.

Beschluss des Landtags

vom 23. Juni 2009
(Drs. 16/1607 Nr. 2 e)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, um auch vor dem Hintergrund der Polizeiorganisationsreform für die Logistik, Bestandsverwaltung und das Finanzwesen weniger Personal als bisher einzusetzen. Mit diesen Einsparungen sind zumindest die laufenden Betriebskosten des IuK-Systems „Marktplatz der Polizei“ zu erwirtschaften.

Dem Landtag ist bis 30.11.2009 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums des Innern

vom 27. November 2009
(IC1-0756.06-6)

Laut Staatsministerium überschreiten die jährlichen Einsparungen des Marktplatzsystems die Systemkosten, sodass eine monetäre Wirtschaftlichkeit gegeben sei. Hinzu kämen qualitative Vorteile. Das Marktplatzsystem bilde die Basis für die Budgetierung des Sachhaushalts sowie für ein Controlling der Ressourcen und Versorgungsabläufe der Bayerischen Polizei. Weiter unterstütze das System über seine Einsatzmitteldaten auch Polizeieinsätze. Die Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit der Investition Marktplatz seien daher gegeben.

Anmerkung des ORH

Auch der ORH verkennt nicht die qualitativen Verbesserungen, die durch das Marktplatzsystem erreicht wurden. Dies gilt auch für das systemgestützte Controlling innerhalb der Bayerischen Polizei.

Schon die bisher durchgeführten Maßnahmen im Bereich der Anlagen- und Bestandsverwal-

tung haben hier zu einer Erhöhung des Nutzens und deutlichen Verbesserungen im Umgang mit dem System beigetragen. Diesen Weg gilt es konsequent weiterzugehen, um noch mögliche Effizienzgewinne auch realisieren zu können.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanz-
fragen**
vom 6. Mai 2010

Kenntnisnahme.